

- Convention on International Trade on Endangered Species of Wild Fauna and Flora;
- Montreal Protocol;
- CBD;
- UNFCCC;
- Bamako Convention;
- UNCCD;
- CITES Convention.

Bei Gesprächen mit betroffenen Simbabwern, aber insbesondere mit (jungen) Parlamentariern wird deutlich, dass dem Klimawandel in Simbabwe jetzt vor allem mit Anpassungs- und Vermeidungsmaßnahmen, Strategien sowie (vor allem) Information und Aufklärung der Bevölkerung begegnet werden muss.

## SÜDAFRIKA

*Holger Dix | Jan-Wilhelm Ahmling*

Das Recht auf eine saubere und nicht gesundheitsschädliche Umwelt zählt zu den Grundrechten der südafrikanischen Verfassung. Doch allein die durch die Kohlekraftwerke des staatlichen Stromversorgers Eskom verursachte Luftverschmutzung führt nach Schätzungen von Greenpeace International zu jährlich 2.200 bis 2.700 Todesfällen. In Mpumalanga, einer Provinz mit einer hohen Konzentration von Kohlekraftwerken, stehen nach Angaben des südafrikanischen Gesundheitsministeriums 51 Prozent aller Krankenhausaufenthalte in Zusammenhang mit der Luftverschmutzung. Zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit des Klimaschutzes scheinen in Südafrika Welten zu liegen.

### KOHLE ALS PRIMÄRENERGIETRÄGER

Südafrika ist der größte Produzent von Treibhausgasen in Afrika und unter den 15 größten Produzenten weltweit. Verantwortlich dafür ist insbesondere die Energiegewinnung durch Kohle. 72 Prozent der gesamten Energieversorgung erfolgt durch Kohlekraftwerke und 85 Prozent des Stroms werden durch diesen Energieträger erzeugt. Zudem wird Kohle zur Herstellung von synthetischen Brennstoffen genutzt.

Kohle ist ein günstiges und für die südafrikanische Wirtschaft wichtiges Produkt. 95 Prozent der afrikanischen und vier Prozent der weltweiten Kohlereserven befinden sich in Südafrika. Die günstige Energieversorgung durch Kohle wird von der energieintensiven Industrie und dem Bergbausektor als Investitions- und Wettbewerbsvorteil gesehen. Zudem schafft alleine der Kohleabbau 70.000 Arbeitsplätze in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit, insbesondere bei weniger qualifizierten Arbeitskräften. Trotz seiner wirtschaftlichen Dependenz von der Kohle muss Südafrika seinen Energiemix diversifizieren, denn ohne tiefgreifende

energiepolitische Änderungen wird sich der CO<sub>2</sub>-Austoß des Landes bis zum Jahr 2050 noch vervierfachen.

### FOLGEN DES KLIMAWANDELS

Der wirtschaftlichen Bedeutung der Kohlenutzung stehen die schon jetzt erkennbaren Folgen der Nutzung, insbesondere für die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch die Anfälligkeit des Landes für die längerfristigen Folgen des Klimawandels entgegen. Längerfristig geht man von einer Erwärmung um ein bis zwei Grad an den Küsten und zwei bis drei Grad Celsius im Landesinnern bis zur Mitte des Jahrhunderts und drei bis vier Grad beziehungsweise sechs bis sieben Grad Celsius bis zum Jahr 2100 aus. Diese Erwärmung hätte erhebliche Auswirkungen auf die schon jetzt prekäre Wasserversorgung des Landes, auf die Landwirtschaft, die Siedlungen im Küstenbereich, die Biodiversität und die wasserintensiven Wirtschaftsbereiche wie Minen und Stromerzeugung. Südafrika steht damit vor der Aufgabe, den weiteren Anstieg der Emission zu vermeiden, sich auf die nicht mehr zu vermeidenden Folgen des Klimawandels vorzubereiten und die für die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit notwendige Wirtschaftsentwicklung von der umweltzerstörenden und karbonintensiven Energieproduktion und Nutzung zu entkoppeln.

### ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK AUF DER NATIONALEN AGENDA

Südafrikas Regierung ist sich der Problematik des Klimawandels bewusst und hat diesbezügliche Strategien und Politiken entwickelt. Im Jahr 1993 hat die Regierung die Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen unterschrieben und 1997 ratifiziert. 2004 legte Südafrika den ersten Bericht gemäß Artikel 12 der Konvention vor, der zweite Bericht zur Klimapolitik des Landes folgte im Jahr 2011. Anlässlich



*Der Gariep-Damm ist der größte Staudamm Südafrikas am Fluss Oranje.*

der VN-Klimakonferenz in Dänemark hat sich Südafrika 2009 dazu verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um 34 Prozent und bis 2025 um 42 Prozent zu verringern. Dazu wurde 2011 eine Strategie zur Reaktion auf die Klimaänderung<sup>1</sup> verabschiedet, die sich mit der Verringerung der Emission von Treibhausgasen und der Anpassung an die nicht mehr zu vermeidenden Auswirkungen des Klimawandels beschäftigt. Der im Jahr 2012 verabschiedete nationale Entwicklungsplan Südafrikas unterstreicht die Notwendigkeit einer nachhaltigen und karbonarmen Wirtschaft. Auf internationaler Ebene brachte sich Südafrika aktiv in die Klimaverhandlungen ein, betonte aber gleichzeitig mit Verweis auf seinen Entwicklungsstand, dass zusätzliche finanzielle Leistungen für eine erfolgreiche Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktion nötig seien.

80 Prozent der Treibhausgase entstehen in Südafrika durch eine meist ineffiziente Produktion und Nutzung von Energie. Bezogen auf das Verhältnis von Wirtschaftsleistung und Emissionsproduktion gilt Südafrikas Wirtschaft als eine der ineffizientesten der Welt. Die Schwerpunkte der südafrikanischen Klimapolitik liegen folglich bei der Erhöhung der Energieeffizienz, der Verringerung der Emissionen bei der Energieproduktion und im Transportbereich sowie bei der CO<sub>2</sub>-Speicherung. Alle Maßnahmen sind dabei Teil eines Maßnahmenpakets unter der Bezeichnung „New-Term Priority Flagship Programmes“.<sup>2</sup>

1 | Republik Südafrika, „National Climate-Change Response“, <http://climateresponse.co.za> [28.07.2014].

2 | Republik Südafrika, „New-Term Priority Flagship Programmes“, <http://www.gov.za/documents/download.php?f=152845> [28.07.2014].

Als konkrete Maßnahmen sind dabei z. B. die intensivere Nutzung von Methangas im Abfallsektor, Pilotprojekte zur kommerziellen Nutzbarkeit der CCS-Technologie bis 2025, Effizienzsteigerung im öffentlichen Verkehr und in öffentlichen Gebäuden wie auch die Förderung von solarbetriebenen Wasserboilern in ländlichen Gebieten geplant. Um der zunehmenden Wasserknappheit zu begegnen, soll die „National Water Conservation and Water Demand Management Strategy“ in nahezu alle Wirtschaftsbereiche implementiert und Wasseraufbewahrungstanks für Niederschläge in ländlichen Gebieten installiert werden. Darüber hinaus soll im Jahr 2016 eine CO<sub>2</sub>-Steuer eingeführt werden. Gemäß der aktuellen Planungen des Finanzministeriums soll diese Steuer durch ein an einen CO<sub>2</sub>-Handel angelehntes Verfahren ergänzt werden, wodurch Unternehmen ihren Steuersatz durch Investitionen zur Emissionsreduktion senken können.<sup>3</sup>

Neben diesen Maßnahmen im bestehenden Energiesystem soll der Ausbau von erneuerbaren Energien durch das „Renewable Energy Flagship Programme“ vorangetrieben werden. Insgesamt wird durch den Ausbau von erneuerbaren Energien mit einer Kapazität von 18,2 Gigawatt bis 2030 mit bis zu 50.000 neuen Arbeitsplätzen gerechnet.<sup>4</sup>

Erneuerbare Energien sind dabei Bestandteil eines Energiemixes zur Reduktion der Emission, der alle Energieformen nahezu gleich gewichtet und der bis zum Jahr 2030 realisiert werden soll. Hierfür soll die Energiegewinnung aus Kernkraft auf das Fünffache und die aus Erd- und Biogas auf das Vierfache der bisherigen Leistung ausgebaut werden.<sup>5</sup> Große Hoffnungen ruhen überdies auf der Gasförderung durch Fracking in der Karoo-Wüste, von der nach der Überzeugung der südafrikanischen Regierung wesentliche Impulse für die Wirtschaftsentwicklung des Landes ausgehen werden.

Neben dem Ausbau dieser Energieträger als Alternative zur Kohle beabsichtigt die Regierung den Ausbau der Energieinfrastruktur. So soll durch das „Distribution Asset Management Programme“ der Ausbau des

3 | Republik Südafrika, National Treasury, „Carbon Offsets Paper“, 04/2014, S. 6–7, <http://www.treasury.gov.za/public%20comments/CarbonOffsets/2014042901%20-%20Carbon%20Offsets%20Paper.pdf> [28.07.2014].

4 | Ulrike Lorenz-Carl, „Südafrika und die EU. Eine einseitige Partnerschaft“, in: Kai-Olaf Lang und Gudrun Wacker (Hrsg.), „Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten“, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, 12/2013, S. 77–87, hier: S. 84.

5 | Nach Angaben des Energieministeriums soll sich der Energiemix bis 2030 wie folgt zusammensetzen: Kernenergie 17 Prozent, Solarenergie 17 Prozent, Wind 16,3 Prozent, Gas 12,9 Prozent, Hydro 7,2 Prozent, Kohle 29,7 Prozent.

zum Teil überlasteten Stromnetzes vorangetrieben werden. Auch sind der Auf- und Ausbau eines strategischen Kraftstoffvorrates und der Bau einer Pipeline von Durban nach Johannesburg in der Planung.

#### KLIMASCHUTZ MIT GERINGER GESELLSCHAFTS-POLITISCHER BEDEUTUNG

Die zahlreichen begonnenen und geplanten Maßnahmen in der Klimapolitik sind nur zum Teil Ausdruck eines in der Bevölkerung vorhandenen Willens zu Reformen in diesem Politikbereich. Die gesellschaftspolitische Bedeutung des Umweltschutzes ist insgesamt gering ausgeprägt. Von denen im Jahr 2014 zu den Parlamentswahlen angetretenen 29 politischen Parteien hatte keine einen programmatischen Schwerpunkt im Umweltbereich. In den Wahlprogrammen der sechs wichtigsten Parteien wurden Fragen des Umweltschutzes nur am Rande, vor allem im Zusammenhang mit Tourismus, thematisiert. Lediglich die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance, stellt in ihrem Wahlprogramm ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Klimawandels vor, welches Effizienzkennzeichnungen für Maschinen und Geräte, die Einführung von CO<sub>2</sub>-Handel, ein verbessertes Katastrophenmanagement und Ausgleichszahlungen für Folgen des Klimawandels für Landwirte beinhaltet. Dieses größtenteils mangelhafte Angebot der politischen Parteien drückt die Gewichtung von Umweltthemen in der Gesellschaft aus. Bei einem Anteil der Bevölkerung von 40 Prozent unter der nationalen Armutsgrenze müssen sich viele Südafrikaner mit täglich erfahrbaren Alltagsproblemen beschäftigen und haben keinen Blick auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes.<sup>6</sup> Die Debatte um den Klimawandel findet daher hauptsächlich zwischen der Regierung und gesellschaftlichen Organisationen statt, die sich im Umweltbereich engagieren.

Neben diesen Akteuren haben auch südafrikanische Unternehmen den Klimawandel zum Thema gemacht und widmen sich insbesondere der Frage der Energieeffizienz. So hat der Unternehmensverband National Business Initiative (NBI) Klimawandel und Energie als eines seiner drei Schwerpunktthemen ausgewählt.<sup>7</sup> Unter dem Dach der NBI sind mittlerweile 44 Unterzeichner der freiwilligen Energieeffizienz-Initiative

„Energy Efficiency Accord“ beigetreten, darunter auch die mit Abstand größten Emissionsproduzenten Eskom und Sasol.

#### SÜDAFRIKANISCHES INTERESSE AN DEUTSCHER POLITIK UND KNOW-HOW

Seit 2008 ist die Klima- und Energiepolitik ein Schwerpunktthema der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika. Beide Länder betrachten sich als strategische Partner bei den Klimaverhandlungen und in der Energiezusammenarbeit. Die deutsche Energiewende wird in Südafrika weitgehend positiv gesehen, da man sich daraus einen verstärkten Technologietransfer und Lerneffekte für Südafrika erhofft. Man zweifelt zwar insgesamt an der Machbarkeit der deutschen Energiewende und einer Übertragbarkeit auf Südafrika, sagt aber gleichzeitig: Wenn es einer schafft, dann die Deutschen.<sup>8</sup>

Zwischen Südafrika und Deutschland besteht seit 2013 eine bilaterale Partnerschaft zu Klimaentwicklung und Energie, die unter anderem auf den Ausbau von erneuerbaren Energien und Stromnetzen, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Förderung der CCS-Technologie zielt. Darüber hinaus fördert Deutschland in Südafrika Klimaschutzprojekte über die Internationale Klimaschutzinitiative des BMUB, zu denen der Schutz von Sumpfgebieten, der Einsatz von erneuerbaren Energien in Metropolregionen und Solar- und Windförderprogramme zählen.

Insgesamt kann festgehalten werden: Die Politikformulierung zur Neuausrichtung der Klima- und Energiepolitik in Südafrika ist in den letzten Jahren deutlich vorangeschritten, wozu auch die Wahl des Austragungsortes Durban für die Durchführung von COP17 im Jahr 2011 beigetragen hat. Die eigentliche Herausforderung der Regierung wird nun in der Implementierung der Politiken liegen, denn die südafrikanische Klimapolitik wird kurz und mittelfristig zu einer Erhöhung der Energiekosten führen. Viele arme Südafrikaner, die zu den wichtigsten Unterstützern der Regierungskoalition bei den vergangenen Wahlen im April 2014 zählten, werden sich wohl dagegen stemmen.

6 | Vgl. Leslie Masters, „The Road to Copenhagen: Climate Change, Energy and South Africa's Foreign Policy“, SAIIA Occasional Paper, Nr. 47, 10/2009, South African Institute for International Affairs (SAIIA), S. 22, <http://saiia.org.za/occasional-papers/the-road-to-copenhagen-climate-change-energy-and-south-africas-foreign-policy> [28.07.2014].

7 | National Business Initiative (NBI), „Climate and Energy“, <http://www.nbi.org.za/Focus%20Area/ClimateAndEnergy/Pages/default.aspx> [28.07.2014].

8 | Dazu: Christian Hübner, *Wahrnehmung der deutschen Energiewende in Schwellenländern. Ergebnisse einer qualitativen Expertenbefragung in Brasilien, China und Südafrika*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 07/2013, <http://kas.de/wf/de/33.34940> [28.07.2014].